



# Kreisjugendring Nürnberg-Stadt

Frühjahrs-Vollversammlung  
am 16. Mai 2023

Antrag Nr. 2

Antragsteller: DGB-Jugend Mittelfranken

## **Antrag: Fördermittel für Junges Wohnen für kommunale Wohnprojekte für Auszubildende nutzen!**

1

1 Der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt wird sich bei kommunalen Politiker\*innen dafür  
2 einsetzen, dass diese auf das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und  
3 Verkehr einwirken um die Anliegen junger Auszubildender in die Vergabe die Förder-  
4 mittel aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ einfließen zu lassen. Vor allem  
5 müssen auf bayerischer Ebene die Mittel aus dem Programm zu 50% für die Förde-  
6 rung von Wohnprojekten für Auszubildende eingesetzt werden.

7

8 Dazu müssen bei der Vergabe folgende Aspekte berücksichtigt werden:

9

10 1) Kommunalen Wohnungsbau stärken:

11 Das Geld aus dem Fördertopf muss primär für kommunale Projekte verwen-  
12 det werden. Kommunaler Wohnungsbau ist den Gesetzen des Marktes nicht  
13 im selben Maße unterworfen wie es private Akteure sind. Wohnraum in kom-  
14 munalen Hand ist nachhaltig bezahlbarer und langfristig sicher. Der KJR Nürn-  
15 berg-Stadt sieht daher kommunalen Wohnungsbau als zielführend, nachhaltig  
16 Wohnraum für Auszubildende zu schaffen.

17

18 2) Dauerhaft Wohnraum schaffen:

19 Der durch den Sondertopf „Junges Wohnen“ neu entstandene Wohnraum  
20 muss dauerhaft für Auszubildende nutzbar sein. Das bedeutet auch, dass der  
21 Wohnraum nicht umzuwidmen ist. Sollten privatwirtschaftliche Projekte geför-

1 dert werden, muss bei einem Verkauf das Vorkaufsrecht an die Kommune ge-  
2 hen, um den wichtigen Wohnraum auch weiterhin an Auszubildende kosten-  
3 günstig vermieten zu können.

4

5 3) Neuen Wohnraum schaffen:  
6 Durch die Fördermittel muss neuer Wohnraum geschaffen werden und kein  
7 schon bestehender Wohnraum umgestaltet werden. Solange kein neuer  
8 Wohnraum gebaut wird, werden die Probleme auf den Wohnungsmarkt für  
9 Menschen mit geringem Einkommen bestehen bleiben.

10

11 4) Wohnraum für die gesamte Ausbildungsdauer schaffen:  
12 Statt Unterkünfte für die kommerzielle Unterbringung von Auszubildenden  
13 während des Blockunterrichts in der Berufsschule zu schaffen, muss Wohn-  
14 raum primär für die geschaffen werden, die dauerhaft auf ihn angewiesen  
15 sind und diesen über die gesamte Dauer ihrer Ausbildung nutzen können.

16

17 **Begründung:**

18 Ende 2022 kündigte das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bau-  
19 wesen (BMWSB) eine Erhöhung der Fördermittel für sozialen Wohnungsbau um 500  
20 Millionen Euro an. Diese Erhöhung ist für das besondere Fördersegment „Junges  
21 Wohnen“ vorgesehen. Dazu wurde eine neue Verwaltungsvereinbarung mit den Län-  
22 dern ausgearbeitet, die genauen Richtlinien zur Vergabe werden nun auf Landes-  
23 ebene ausgearbeitet.

24 Auf den Freistaat Bayern entfallen aus dem Sonderfördertopf 77,8 Millionen Euro.  
25 Da die Vereinbarung eine Co-Finanzierung von 30 Cent pro abgerufenem Euro an  
26 Bundesmitteln durch die Länder vorsieht, werden in Bayern ca. 100 Millionen Euro  
27 für dieses Sonderprogramm zur Verfügung stehen.

28 Derzeit ist das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr unter  
29 Staatsminister Christian Bernreiter mit der Ausarbeitung der Förderrichtlinien be-  
30 traut. Für Studierende gibt es diese bereits, für Auszubildende muss sie derzeit erar-  
31 beitet werden.

32 Die politische Zielsetzung seitens des BMWSB ist hierbei klar: gefördert werden sol-  
33 len damit zwei Gruppen, Studierende und Auszubildende. Nach Ansicht des Deut-  
34 schen Gewerkschaftsbundes und auch der Bundesvereinigung der Arbeitgeberver-  
35 bände und des Zentralverbands des deutschen Handwerks ist daher auch eine  
36 gleichmäßige Aufteilung der Finanzmittel auf beide Gruppen sinnvoll und nötig<sup>1</sup>. Der  
37 Freistaat darf die Mittel nicht nur zur Sanierung maroder Studierendenwohnheime  
38 oder ähnlichem nutzen, sondern muss auch Angebote für junge Menschen in Berufs-  
39 ausbildung unterstützen.

<sup>1</sup> <https://www.dgb.de/presse/++co++66c010d2-ced8-11ed-a38d-001a4a160123>

1 Aber nicht nur bei der Höhe, sondern auch bei der politischen Zielsetzung für die  
2 Vergabe der Mittel für Auszubildene müssen die Interessen junger Menschen be-  
3 dacht werden. An erster Stelle steht dabei natürlich der Wunsch nach dauerhaftem,  
4 bezahlbarem Wohnraum in der Ausbildung. Kommunaler Wohnungsbau ist dabei der  
5 beste Weg, um diesen dauerhaft günstigen Wohnraum unabhängig von Markt-  
6 schwankungen oder Spekulationen zu garantieren. Daher müssen in den Vergabe-  
7 richtlinien besonders kommunale Projekte bedacht werden und erst nachrangig pri-  
8 vatwirtschaftliche Akteure.

9 Ein Beispiel, wie so ein kommunales Projekt aussehen kann findet sich derzeit in  
10 München mit dem Auszubildendenwerk München e. V.: bis 2026 will die Stadt dort  
11 1.000 Wohnungen für Auszubildende schaffen, die für eine Warmmiete von unter  
12 350€ im Monat vermietet werden. Über 300 Plätze sind bereits fertig und entweder  
13 bewohnt oder in der Vergabe. Gebaut wird von der städtischen Wohnbaugesell-  
14 schaft, aber vergeben und betrieben wird der Wohnraum durch einen Verein in dem  
15 neben der Stadt auch die Interessensvertretungen junger Menschen sitzen – der  
16 Kreisjugendring München-Stadt und die DGB-Jugend München sind gleichberechtigte  
17 Partner.

18 Durch diese starke Interessensvertretung, die nur auf kommunaler Ebene möglich  
19 ist, konnten und können junge Menschen ihre Meinung und Wünsche einbringen – bis  
20 in den Vorstand, in dem auch Bewohner\*innen der Wohnheime vertreten sein wer-  
21 den.

22 Solche Projekte für Auszubildende sind auch als Wirtschaftsförderung interessant.  
23 Nur wenn bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist, finden lokale Unternehmen auch  
24 Azubis – denn junge Menschen in Ausbildung sind heutzutage nicht mehr klassisch  
25 minderjährig und wohnen bei ihren Eltern. Sie sind mobil und durchaus bereit, für  
26 eine Ausbildung auch den Ort zu wechseln. Dafür muss aber vor allem eins vorhan-  
27 den sein: bezahlbarer Wohnraum für ein selbstbestimmtes Wohnen.

28 Somit kann eine starke Förderung von Wohnraum für Auszubildende beitragen, den  
29 Fachkräftemangel zu lindern – auch und vor allem außerhalb der großen Städte, wo  
30 die Kommunen nicht aus eigener Kraft solche Projekte durchführen können.

Beschlossen:        \_\_\_    Ja        \_\_\_    Nein        \_\_\_    Enthaltung